

## EU-Westbalkanstrategie und EU-Westbalkan-Gipfel in Sofia 17.5.2018<sup>9</sup>

Die Europäische Kommission nahm am 6. Februar 2018 ihre neue **EU-Westbalkanstrategie** an, die für die sechs Westbalkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) eine europäische Zukunft bestätigt, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die einzelnen Länder die Beitrittskriterien erfüllt haben. Die EK legt im Rahmen ihrer Strategie einen Aktionsplan mit sechs konkreten Leitinitiativen fest: Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Migration, sozioökonomische Entwicklung, Transport- und Energiekonnektivität, Digitalisierungsagenda, Aussöhnung und gutnachbarliche Beziehungen.

Aktuell sind **Montenegro und Serbien** die beiden einzigen Länder, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden. Ihre Beitrittsperspektive wird in der Strategie mit Zeithorizont 2025 genannt, sofern die noch zu vollziehenden Schritte umgesetzt werden. Für die Kandidatenländer **Albanien und Mazedonien** empfahl die EK am 17. April 2018 in Anerkennung der erzielten Reformfortschritte die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Am **EU-Westbalkan-Gipfel** in Sofia am 17. Mai 2018 bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und die Führungsspitzen der sechs Partner im Westbalkan ihr beiderseitiges Bekenntnis zur europäischen Perspektive der gesamten Region im Westbalkan. Im Mittelpunkt des Treffens standen die **Konnektivität** sowie die Zusammenarbeit im **Sicherheitsbereich**. Das nächste Treffen EU-Westbalkan wird 2020 unter kroatischem EU-Vorsitz stattfinden.

Im Rahmen des **österreichischen EU-Ratsvorsitzes** ist die **EU-Erweiterung** ein Schwerpunktthema. Es ist jedoch fraglich, ob in den Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien substanzielle Fortschritte gelingen werden. Eventuell könnten die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien aufgenommen werden, nachdem jüngst der **Namensstreit** beigelegt werden konnte.

### Hintergrund

Die sechs Westbalkan-Staaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) haben zweifellos schon einen weiten Weg bei ihrem Übergang zu offenen Marktwirtschaften zurückgelegt. Seit den zehn Jahre andauernden **Jugoslawienkriegen** (oft auch Balkankonflikte genannt) im Gefolge des Zusammenbruchs von Jugoslawien im Jahr **1991** waren sie allerdings weniger erfolgreich beim Erreichen eines Lebensstandards von Industrieländern als jene Länder in Zentral- Ost- und Südosteuropa, die bereits EU-Mitgliedstaaten sind, wie z.B. Polen, die baltischen Staaten oder die tschechische Republik. Die Westbalkan-Staaten verzeichneten eine fortgesetzt hohe Arbeitslosigkeit. Grund dafür war die Tatsache, dass die Westbalkan-Staaten aufgrund der Balkankonflikte keine Reformen durchführen konnten wie die anderen Länder in Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Nach den Konflikten gab es zwar einen Reformschub, aber nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 kam es abermals zu einem Stillstand bei den Reformen.

Einen neuen Anstoß für Reformen erhielten die Westbalkan-Staaten durch ihre Bemühungen einer Annäherung an die EU. Montenegro und Serbien stellten ihre **EU-Beitrittsgesuche** in den Jahren **2008** bzw. 2009, haben den Status von Kandidatenländern und führen seit den Jahren 2012

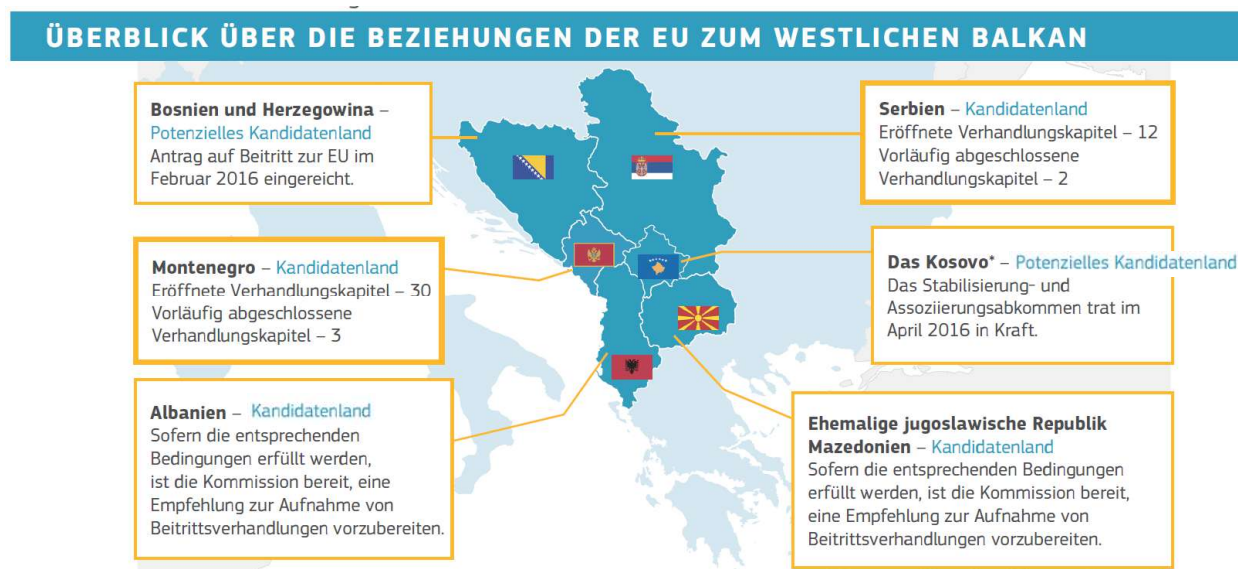
<sup>9</sup> Autorin: Andrea Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

bzw. 2014 EU-Beitrittsverhandlungen. Mazedonien und Albanien suchten im Jahr 2005 bzw. 2009 um EU-Mitgliedschaft an und haben den Status von Kandidatenländern. Bosnien und Herzegowina hat im Jahr 2016 sein EU-Beitrittsgesuch gestellt und hat den Status eines potenziellen Kandidatenlandes. Der Kosovo stellte bisher noch keinen EU-Beitrittsantrag.

Für den Westbalkan bringt der EU-Beitritt den freien Zugang zum weltweit größten Binnenmarkt mit über 510 Mio Einwohnern, Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand. Für die EU bedeutet die potenzielle Erweiterung eine strategische Investition in ein stabiles, starkes und vereintes Europa basierend auf gemeinsamen Werten.

In seiner Rede zur Lage der Nation im September 2017 erklärte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker – zum großen Bedauern der Westbalkan-Länder - dass ein **EU-Beitritt vor dem Jahr 2025 nicht realistisch** sei. Diese Aussage wurde durch Veröffentlichung der neuen EU-Westbalkan-Strategie im Februar 2018 inhaltlich klargestellt und am EU-Westbalkan-Gipfel in Sofia am 17.5.2018 bekräftigten sowohl die EU als auch die Westbalkanstaaten abermals ihr beiderseitiges **Bekennnis zur europäischen Perspektive der gesamten Region im Westbalkan**.

Grafik 1



Quelle vgl. [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/economic-potential-eu-relations-western-balkans\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/economic-potential-eu-relations-western-balkans_de.pdf)

## EU-Westbalkanstrategie

### Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan

Am 6. Februar 2018 nahm die Europäische Kommission ihre neue EU-Westbalkanstrategie an. Die neue Strategie der Europäischen Union für die sechs Westbalkanstaaten setzt eine klare Zielrichtung für die Länder der Region fest, nämlich einen **möglichen EU-Beitritt der Länder des Westbalkans**. Die EK bietet ihnen eine glaubwürdige Perspektive und verspricht ihnen erhöhtes Engagement. Die EK gibt das Jahr 2025 als möglichen Erweiterungstermin an. Allerdings, bleibt das Ergreifen der Gelegenheit eine Herausforderung, da alle Kandidatenländer schwierige Schlüsselreformen umsetzen und alle bestehenden bilateralen Konflikte lösen müssen.

## Die Kernaussagen der neuen Strategie

Aus der Strategie geht deutlich hervor, dass die **Tür der EU für weitere Beitritte offensteht**, wenn – und nur unter dieser Voraussetzung – die einzelnen Länder die Beitrittskriterien erfüllen.

In der Strategie sind auch die Prioritäten und Bereiche für eine verstärkte Zusammenarbeit festgelegt, damit die besonderen und wichtigen Herausforderungen, vor denen der westliche Balkan steht, bewältigt werden können. Insbesondere sind **grundlegende Reformen und gutnachbarliche Beziehungen erforderlich**. Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive erfordert nachhaltige Anstrengungen und unumkehrbare Reformen. Fortschritte auf dem Weg in die EU hängen von den nach objektiven Kriterien bewerteten Leistungen und den konkreten Ergebnissen ab, die von den einzelnen Ländern erreicht wurden.

Die Strategie enthält einen **Aktionsplan mit sechs konkreten Leitinitiativen**, die auf spezifische Bereiche von gemeinsamem Interesse abzielen: Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Migration, sozioökonomische Entwicklung, Anbindung an die Verkehrs- und Energienetze, digitale Agenda, Aussöhnung und gutnachbarlicher Beziehungen. Für diese Bereiche sind im Zeitraum **2018 bis 2020** konkrete Maßnahmen vorgesehen.

Zur Umsetzung der Strategie für den westlichen Balkan und zur Unterstützung eines reibungslosen Übergangs zur Mitgliedschaft ist eine angemessene Mittelausstattung unverzichtbar. Die Europäische Kommission schlägt daher vor, die Mittelausstattung im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe bis 2020 schrittweise aufzustocken, soweit Umschichtungen dies innerhalb des geltenden Finanzrahmens zulassen. Allein für **2018** sind bereits **1,07 Mrd EUR an Heranführungshilfe**<sup>10</sup> für die westlichen Balkanländer vorgesehen – zusätzlich zu den fast 9 Mrd EUR, die im Zeitraum 2007-2017 bereitgestellt wurden.

Die Strategie legt auch die von **Montenegro und Serbien** zur Vollendung des Beitrittsprozesses mit Zeithorizont 2025 noch zu vollziehenden Schritte dar. Zwar könnten andere Länder noch aufschließen, aber bislang sind Montenegro und Serbien die beiden einzigen Länder, mit denen bereits Beitrittsverhandlungen geführt werden. Die Beitrittsperspektive der beiden Länder hängt letztlich davon ab, ob sie einen starken politischen Willen zeigen, echte und nachhaltige Reformen durchführen und Streitigkeiten mit ihren Nachbarn endgültig beilegen.

Allen Staaten des westlichen Balkans bietet sich die Chance, auf ihrem jeweiligen Weg in die EU voranzukommen. Die Kommission bewertet alle Länder fair und objektiv auf der Grundlage ihrer eigenen Leistungen und des Tempos ihrer Fortschritte.

**Albanien und** die ehemalige jugoslawische Republik **Mazedonien** machen auf ihrem Weg in die EU erhebliche Fortschritte, und die Kommission ist bereit, Empfehlungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen auszuarbeiten, sofern die Bedingungen hierfür erfüllt sind.

Die Kommission wird mit der Ausarbeitung einer Stellungnahme zum **Beitrittsgesuch von Bosnien und Herzegowina** (vom Februar 2016) beginnen, sobald das Land den Fragebogen der Kommission ausführlich und vollständig beantwortet hat. Mithilfe kontinuierlicher Anstrengungen und nachdrücklichen Engagements könnte sich Bosnien und Herzegowina als Beitrittskandidat qualifizieren.

---







<sup>10</sup> Das Instrument für Heranführungshilfe (engl. Instrument for Pre-Accession Assistance, kurz IPA), umgangssprachlich „Vorbeitritts Hilfen“, ist ein Finanzierungsinstrument der Europäischen Union, um Reformen der Beitrittskandidaten zu fördern.

Das **Kosovo** hat die Möglichkeit, durch die Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA vom April 2016) nachhaltige Fortschritte zu erzielen und kann, sofern es die objektiven Umstände erlauben, auf seinem Weg in die EU vorankommen.

### Die sechs neuen Leitinitiativen und spezifische, vorgesehene Maßnahmen

Die EK legt im Rahmen ihrer Strategie einen **Aktionsplan mit sechs konkreten Leitinitiativen** fest, durch die der Transformationsprozess in den westlichen Balkanstaaten unterstützt werden soll, wobei auf spezifische Bereiche abgezielt wird, die sowohl für die EU als auch für die Länder des westlichen Balkans von Interesse sind: Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Migration, sozioökonomische Entwicklung, Transport- und Energiekonnektivität, Digitalisierungsagenda, Aussöhnung und gutnachbarliche Beziehungen.

### Überblick über die sechs Leitinitiativen und geplante Maßnahmen Grafik 2

Leitinitiativen	Maßnahmen
 <b>INITIATIVE ZUR STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT</b>	Die detaillierten <b>Aktionspläne</b> zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Serbien und Montenegro sollen auf alle Länder des Westbalkans ausgedehnt werden.
 <b>INITIATIVE ZUR STÄRKUNG DER ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN SICHERHEIT UND MIGRATION</b>	Bei Bekämpfung von <b>Kriminalität, Terrorismus, Extremismus, Grenzsicherung</b> und <b>Migrationsmanagement</b> soll zusammengearbeitet werden.
 <b>INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER SOZIOÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG</b>	Die Investitionen zur Unterstützung von <b>KMUs</b> und <b>Start-ups</b> sollen ausgeweitet werden. Die <b>Beschäftigung</b> und der soziale Sektor (insbesondere <b>Bildung</b> und <b>Gesundheit</b> ) sollen verstärkt unterstützt werden.
 <b>INITIATIVE ZUR VERBESSERUNG DER VERKEHRS- UND ENERGIEANBINDUNG</b>	Neue Investitionen zur Verbesserung der <b>Verkehrsanbindung</b> innerhalb der Region und an die EU soll gefördert werden. Die Initiative „Connecting Europe“ soll effizienter genutzt werden. <b>Energieunion der EU</b> soll auf Westbalkan ausgeweitet werden.
 <b>INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER AUSSÖHNUNG UND GUTNACHBARLICHER BEZIEHUNGEN</b>	Der Aufbau von <b>Breitbandverbindungen</b> , die Senkung der <b>Roamingkosten</b> und <b>elektronische Behördendienste</b> sollen unterstützt werden.
 <b>INITIATIVE FÜR EINE DIGITALE AGENDA FÜR DEN WESTLICHEN BALKAN</b>	In den Bereichen <b>Bildung, Kultur, Jugend und Sport</b> soll enger zusammengearbeitet werden.

Quelle vgl. [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/six-flagship-initiatives-support-transformation-western-balkans\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/six-flagship-initiatives-support-transformation-western-balkans_en.pdf)

### Fortschrittsberichte zu Westbalkan-Beitrittskandidaten und Türkei 17.4.2018

Die EU-Kommission veröffentlichte am 17. April 2018 ihr jährliches Erweiterungspaket mit sieben Länderberichten zusammen mit den Bewertungen der Fortschritte und der

Wirtschaftsreformprogramme für den westlichen Balkan und die Türkei. Für die Kandidatenländer **Albanien und Mazedonien** empfahl die EK in Anerkennung der erzielten Reformfortschritte die **Aufnahme von Beitrittsverhandlungen**. Insgesamt aber mahnte die Kommission in ihren Berichten erneut größere Reformanstrengungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, öffentliche Verwaltung und Wettbewerbsfähigkeit ein.

## **EU-Westbalkan-Gipfel in Sofia 17.5.2018**

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und die Führungsspitzen der sechs Westbalkanstaaten trafen sich in Sofia am 17. Mai 2018 zu dem seit 2013 bis 2018 mindestens jährlich stattfindenden EU-Westbalkangipfel.

### **Wichtigste Ergebnisse:**

#### **1. Europäische Perspektive:**

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr beiderseitiges uneingeschränktes Bekenntnis zur europäischen Perspektive des gesamten Westbalkans.

Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, betonte, dass es keine andere Zukunft für den Westbalkan gäbe als die EU, es gäbe keine Alternative, keinen Plan B. Die EU sei entschlossen, den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Region noch stärker zu unterstützen. Für die EU seien allerdings gut nachbarliche Beziehungen, regionale Stabilität und wechselseitige Zusammenarbeit wichtig.

Die Partner des westlichen Balkans erklärten erneut, an ihrer festen strategischen Entscheidung festzuhalten und bekannten sich zu den europäischen Werten und Grundsätzen und zu einem starken, stabilen und geeinten Europa.

Die Gipfelteilnehmer gaben abermals einen Impetus für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien.

#### **2. Konnektivität:**

Im Mittelpunkt des Treffens stand die Konnektivität im Hinblick darauf, die Verbindungen zum Westbalkan und innerhalb der Region weiter zu verbessern. Die EU sagte zu, die **Konnektivität in allen ihren Dimensionen** auszubauen. Dazu zählen:

- Verkehrsverbindungen
- Energieversorgungssicherheit
- digitale Wirtschaft
- Wirtschaftsklima
- Chancen für junge Menschen

Die Prioritätenagenda von Sofia, die der Erklärung des Treffens als Anhang beigefügt ist, enthält neue konkrete Initiativen, mit denen die Konnektivität verbessert werden soll. Beispielsweise werden die bereitgestellten Mittel für das Programm Erasmus+ verdoppelt, um mehr jungen Menschen zu ermöglichen, in der EU zu studieren.

#### **3. Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich:**

Thema des Treffens waren auch die gemeinsamen Herausforderungen im Sicherheitsbereich. Die EU-Staats- und Regierungschefs riefen dazu auf, die Zusammenarbeit weiter auszubauen, um

gemeinsam den Herausforderungen wirksam zu begegnen. Sie vereinbarten eine engere Zusammenarbeit, um irreguläre Migrationsströme einzudämmen, Terrorismus und Extremismus, aber auch Korruption und organisiertes Verbrechen zu bekämpfen.

Das nächste Treffen EU-Westbalkan wird 2020 unter kroatischem EU-Vorsitz stattfinden.

## Ausblick

Für den Westbalkan bringt der EU-Beitritt den freien Zugang zum weltweit größten Binnenmarkt mit über 510 Mio. Einwohnern, Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand. Für die EU bedeutet die potenzielle Erweiterung eine strategische Investition in ein stabiles, starkes und vereintes Europa basierend auf gemeinsamen Werten.

Aktuell sind **Montenegro und Serbien** die beiden einzigen Länder, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden. Ihre Beitrittsperspektive wird in der Strategie mit Zeithorizont **2025** genannt, sofern die noch zu vollziehenden Schritte umgesetzt werden. Andere Länder könnten noch aufschließen. Die EK will dem Europäischen Rat am 28. – 29. Juni 2018 in Brüssel vorschlagen, die **Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien** zu eröffnen.

Im Rahmen des **österreichischen EU-Ratsvorsitzes** ist die **EU-Erweiterung ein Schwerpunktthema**. Es ist jedoch fraglich, ob in den Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien substantielle Fortschritte gelingen werden. Eventuell könnten die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und **Mazedonien** aufgenommen werden, nachdem jüngst der **Namensstreit** beigelegt werden konnte.

***Anmerkung:** Der Streit um die Nutzung des Namens Mazedonien bzw. Makedonien war ein Konflikt zwischen den Staaten Griechenland und Mazedonien. Die Auseinandersetzung begann im Jahr 1991 mit der Unabhängigkeitserklärung der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien unter dem Namen Republik Mazedonien. Seit 1993 verwendet Mazedonien meist die Bezeichnung „Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ („The former Yugoslav Republic of Macedonia“ - F.Y.R.O.M.). Griechenland gab als Grund für den Protest befürchtete Gebietsansprüche Mazedoniens auf die griechische Region Makedonien an. Die geographische Region Mazedonien umfasst fünf Staaten: Griechenland, Mazedonien, Bulgarien, Albanien und Serbien. Am 17. Juni 2018 wurde nach dem 27 Jahre dauernden Namensstreit eine dauerhafte Einigung über den Namen der Republik erzielt, die nunmehr Republik Nordmazedonien heißen soll. Der Vertrag muss noch von Griechenland und der Republik Nordmazedonien ratifiziert werden. Damit steht Mazedonien der Weg zu einem Beitritt zur EU und zur NATO offen.*

### Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und griechische Region Makedonien - Grafik 3



Quelle: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Macedonia\\_overview.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Macedonia_overview.svg)